

Zufriedenheit mit Taiwans Präsident Ma auf dem Tiefpunkt

Günter Schucher und Julian Rothkopf

Zwei Jahre nach seiner Wiederwahl sind die Zustimmungswerte für Taiwans Präsident Ma Ying-jeou Umfrageinstituten zufolge auf einem historischen Tiefpunkt.

Analyse

Die geringe Zufriedenheit der taiwanischen Bevölkerung mit der Politik Mas und seiner Partei, der Kuomintang, ist vor allem ein Ergebnis anhaltender wirtschaftlicher Misserfolge sowie eigenen Missmanagements in innen-, energie- und personalpolitischen Fragen. Verstärkend wirken unpopuläre Reforminitiativen wie die Erhöhung der Energiepreise oder die Anhebung der Rentenbeiträge.

- Außenpolitisch verfolgt Ma neben der Annäherung an China eine Politik „strategischer Uneindeutigkeit“, mit der er die historisch begründeten „nationalen Interessen“ der Republik Chinas wahren will, zugleich aber die Verbündeten USA und Japan stark irritiert.
- Aufbauend auf den bilateralen Wirtschaftsverträgen mit China versucht er, Taiwans Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den asiatischen Konkurrenten durch weitere Freihandelsabkommen zu verbessern.
- Chinas neue Führung hat das Drängen auf politische Verhandlungen vorläufig verringert und setzt stattdessen auf praktische Verbesserungen in den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Taiwan.
- Wirtschaftspolitisch wird Ma seine schon im Jahr 2008 gemachten Versprechen auch bis zu den Neuwahlen im Jahr 2016 nicht erfüllen können. Das Wirtschaftswachstum bleibt niedriger, die Arbeitslosigkeit höher und die Durchschnittseinkommen sind sogar gesunken.
- Die oppositionelle Demokratische Fortschrittspartei bekommt zwar bei Umfragen immer mehr Zuspruch, wird Mas Schwächen aber nur dann für eigene Wahlerfolge nutzen können, wenn sie eine glaubwürdige und von allen Parteiströmungen getragene Chinapolitik entwickelt, die weiterhin Stabilität verspricht. Dies ist ihr bisher noch nicht gelungen.

Schlagwörter: Taiwan, Ma Ying-jeou, Wahlen, Umfragetief, Chinapolitik

Zufriedenheit mit Präsident Ma auf historischem Tiefpunkt

Zwei Jahre nach seiner Wiederwahl am 14. Februar 2012 sind die Zustimmungswerte für Taiwans Präsident Ma Ying-jeou von der Kuomintang (KMT) verschiedenen Umfrageinstituten zufolge auf einem historischen Tiefpunkt angelangt und sogar niedriger als Expräsident Chen Shui-bians Negativrekord aus dem Jahr 2006. Während das Taiwan Indicator Survey Research (TISR) seit Oktober 2013 nur noch Werte um die 14 Prozent misst, ist die Zustimmungsrate beim ERA Survey Research Center im September sogar auf 9,2 Prozent gefallen.¹ Laut ERA trauen nur noch 16,1 Prozent der Befragten Ma zu, in den zwei Jahren bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen (2016) eine gute Politik zu machen.

Die Zeichen scheinen derzeit also auf politischen Wechsel zu stehen, eine Schlussfolgerung, die von einer weiteren Umfrage des TISR unterstützt wird: Erstmals seit dem Jahr 2004 identifizierten sich im November 2013 mehr Befragte (30,4 Prozent) mit dem oppositionellen „grünen“ Lager um die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) als mit dem „blauen“ Regierungslager (27,5 Prozent). Für die im Dezember 2014 stattfindenden sogenannten 6-in-1-Wahlen zu den sieben verschiedenen kommunalen Ebenen einschließlich der sechs großen Städte (Taipei, Gaoxiong u.a.) rechnet sich die Opposition daher Gewinne in den blauen Hochburgen im Norden Taiwans aus. Und die KMT scheint sich fast damit abzufinden und eher auf die Parlamentswahlen in zwei Jahren zu setzen.²

Aber auch in seiner ersten Amtszeit in den Jahren von 2008 bis 2012 hatte Ma zum Teil sehr niedrige Zustimmungswerte, im September 2011 lagen sie laut TISR bei nur rund 35 Prozent. Er hatte aufgrund der weltweiten Finanzkrise seine wirtschaftlichen Ziele weit verfehlt und verlor vor allem durch sein schleppendes Krisenmanagement nach dem verheerenden Taifun Morakot an Vertrauen.

1 Die Zufriedenheit mit Präsident Ma, seiner Regierung und deren Politik wird von verschiedenen Instituten regelmäßig, zum Teil monatlich gemessen, neben TISR (www.tisr.com.tw) und ERA (<http://survey.era.com.com.tw/item/i24.xml>) u.a. vom TVBS Poll Center (http://home.tvbs.com.tw/poll_center). In den Monaten rund um die Präsidentschaftswahl sind Umfragen verboten.

2 Viele Detailangaben in diesem Focus sind der laufenden Berichterstattung der beiden englischsprachigen taiwanischen Tageszeitung *Taipei Times* (www.taipeitimes.com) und *China Post* (www.chinapost.com.tw) entnommen. Monatlich aktualisierte Zahlen zur Wirtschaftsleistung enthält der *Country Report: Taiwan* der Economist Intelligence Unit und die Webseite des Nationalen Statistikbüros (<http://eng.stat.gov.tw>).

Dennoch wurde er im Februar 2012 mit 51,6 Prozent der Stimmen wiedergewählt, während seine Herausforderin Tsai Ing-wen von der DPP mit knapp 46 Prozent ein enttäuschendes Ergebnis erzielte. Ma war es vor allem gelungen, sich als Garant für die Stabilität in den Beziehungen zu China zu präsentieren.

Während seine Kontrahentin Tsai eine zunächst erfolgreiche Kampagne für soziale Gerechtigkeit geführt hatte, scheiterte sie am Ende an ihrer unklaren Haltung zu China, die auch von den USA bemängelt wurde (Schucher 2012). Die Chinapolitik der DPP dürfte daher auch im Jahr 2016 eine wichtige Rolle spielen. Bis dahin allerdings kann sie auch mit wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Themen punkten.

„Strategische Uneindeutigkeit“

Schon in seiner ersten Amtszeit wurde Präsident Ma vorgeworfen, nicht Position zu beziehen und es jedem Recht machen zu wollen. Diese Kritik wurde trotz Zurückweisung aus dem Regierungslager auch nach seiner Wiederwahl erneut vorgebracht. Die Opposition hält Ma vor, dass er keine klaren Entscheidungen trifft und sich populistisch im Wind dreht – vor allem in außenpolitischen Fragen. Und in der Tat betonen auch Regierungsvertreter, dass Taiwan im Verhältnis zu Beijing und Washington bewusst auf „strategische Uneindeutigkeit“ setzt, was dort durchaus zu Irritationen führt.

Ma bekennt sich eindeutig zur Annäherung an Festlandchina und hofft auf die stimulierenden Wirkungen des Economic Cooperation Framework Agreement (ECFA) und der übrigen 18 Abkommen mit China. Er will die Bevölkerung davon überzeugen, dass die „Sinophobie“ der DPP die weitere wirtschaftliche Entwicklung Taiwans behindert. Folge das Land ihrem Kurs, werde es durch Reformstillstand hinter Südkorea und andere Wettbewerber zurückfallen. Taiwan soll aber wirtschaftlich nicht komplett vom Festland abhängig sein. Deshalb versucht Ma, auf der Basis des ECFA weitere Freihandelsabkommen abzuschließen, was bisher bereits mit Neuseeland und Singapur gelang.³

Während Beijing die Ein-China-Politik betont, richtet sich Mas Politik am „Konsens von 1992“ aus, der verschiedene Interpretationen zulässt, was denn

3 Zu Taiwans Versuchen, Mitglieder der US-initiierten Transpazifischen Partnerschaft TPP zu werden, siehe Finkensiep and Abb 2014.

dieses „eine China“ sei. Auf dieser Grundlage hat er auch einige Erfolge erzielt, Taipei als Beobachter in internationale Organisationen einzubringen (Judie Chen 2013). Wenn trotz des „diplomatischen Waffenstillstands“ mit Beijing im letzten November Gambia die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan aufkündigte, so dürfte dies wohl eher auf die gambische Regierung als auf eine härtere Linie der neuen chinesischen Führung zurückzuführen sein. Beijing macht zwar im Hinblick auf das internationale Auftreten Taipeis weniger Zugeständnisse und hat durch die jüngste Einrichtung einer Luftverteidigungszone auch Taiwans Ansprüche missachtet, setzt ansonsten aber eher pragmatisch auf Verbesserungen in wirtschaftlichen und kulturellen Belangen (Chao 2013).

Ma versucht mit seinem Kurs einerseits die Beziehungen über die Taiwan-Straße hinweg zu stabilisieren und andererseits das Misstrauen und die Vorbehalte der Opposition nicht weiter zu nähren, die ihn für den endgültigen „Ausverkauf“ Taiwans verantwortlich machen wollen. Auch im Ostchinesischen Meer steuert er einen „uneindeutigen“ Kurs. So zeigt er sich einerseits – ähnlich wie Beijing – mehr bestimmt (*assertive*) und will die Ansprüche der im Jahr 1912 gegründeten Republik China in der Region nicht aufgeben – womit er Japan und die USA verärgert.⁴ Andererseits strebt er mit einer Friedensinitiative eine Entschärfung des Konflikts und eine vorläufige Beibehaltung des Status quo an. Mit Japan hat er ein Fischereiabkommen für das Gebiet rund um die umstrittenen Diaoyu-(Senkaku-)Inseln geschlossen, was die taiwanische Regierung als Erfolg von Mas Friedensinitiative wertet.

Dabei läuft er allerdings ständig Gefahr, bei jeglichem (vermeintlichem) Abweichen von seinem Kurs umgehend auf Kritik zu stoßen. Dies war zum Beispiel der Fall, als der KMT-Ehrenvorsitzende Wu Po-hsiung gegenüber Hu Jintao während des KMT-CCP Cross-Strait Forums im März 2012 anmerkte, dass sich Beijing und Taipei nicht nur über das Ein-China-Prinzip, sondern auch über die Formel „One Country, Two Areas“ einig seien. Wu, der sich in seinen Aussagen von Präsident Ma autorisiert verstand, löste bei der Opposition einen Sturm der Entrüstung aus. Diese sah Mas Wahlversprechen zur Chinapolitik gebrochen. Als Konsequenz erklärten Regierungssprecher Fan Chiang Tai-chi und der damalige Ministerpräsident Sean Chen, dass man auch künft-

ig an „verschiedenen Interpretationen“ festhalten würde. Präsident Ma verwendete in seiner Amtseinführungsrede letztendlich die Formulierung „One Country, two Areas under the Republic of China“ (Tai 2012).

„Uneindeutigkeit“ führt auch in anderen Fällen zu Problemen. Das Verhältnis zwischen Taiwan und den Philippinen verschlechterte sich im Mai 2013 dramatisch, nachdem ein taiwanisches Fischerboot von der philippinischen Küstenwache unter Beschuss genommen worden war. Dem Vorfall, bei dem ein taiwanischer Fischer getötet wurde, folgten Forderungen der taiwanischen Regierung an die Philippinen nach Entschuldigung und Kompensation verbunden mit wirtschaftlichen Sanktionen. Der Streit, dem ein Disput um die überlappenden „ausschließlichen Wirtschaftszonen“ zugrunde liegt, erreichte einen rhetorischen Höhepunkt, als Ma den Tod des Fischers als „kaltblütigen Mord“ bezeichnete – eine Reaktion, die Kommentatoren mit seinen niedrigen Umfragewerten in Verbindung brachten. Nach einer förmlichen Entschuldigung der philippinischen Regierung setzte Taiwan die Sanktionen aus und beide Seiten begannen Verhandlungen über ein Fischereiabkommen. Es bleibt abzuwarten, wie Ma angesichts weiterer Militärmanöver Chinas im Südchinesischen Meer und des innenpolitischen Drucks auf ihn selbst die Beziehung zum philippinischen Nachbarn und zu Japan gestalten wird.

Ma setzt auf Liberalisierung

Obwohl Ma mittlerweile schon 19 bilaterale Abkommen mit China abgeschlossen hat und auf eine Stimulierung der taiwanischen Wirtschaft, insbesondere des Tourismussektors, verweisen kann, ist sein Kurs innenpolitisch umstritten. Das zuletzt ausgehandelte Dienstleistungsabkommen ist vom Parlament, dem Legislative Yuan, immer noch nicht ratifiziert und führte dort sogar zu Handgreiflichkeiten zwischen den Parteienvertretern, da die DPP das Abkommen als Bevorteilung großer taiwanischer Konzerne betrachtet und einheimische Klein- und Mittelunternehmen unnötig der Konkurrenz vom Festland ausgesetzt sieht. Grundsätzlich sollen beidseitige Investitionen in das Immobiliengewerbe, die Tourismusbranche, das Bankwesen bis hin zu Schönheitssalons in Zukunft vereinfacht werden. Ma versicherte, dass 95,2 Mrd. TWD (3,17 Mrd. USD), zur Verfügung stünden, um eventuelle wirtschaftliche Schäden als direktes Re-

⁴ Von der im Jahr 1949 gegründeten *Volksrepublik* China wird Taiwan als Provinz Chinas angesehen, Taiwan selbst betrachtet sich als *Republik* China, die in Folge des Bürgerkrieges seit dem Jahr 1949 nur die Insel Taiwan und vorgelagerte Inseln kontrolliert.

sultat des Abkommens auszugleichen. Es ist jedoch nicht klar, wann diese bereitgestellt werden.

In seiner Ansprache zum Nationalfeiertag am 10. Oktober 2013 richtete Ma einen dringenden Appell zur weiteren wirtschaftlichen Liberalisierung Taiwans an die Nation. Andernfalls würde man eine weitere Marginalisierung gegenüber den asiatischen Konkurrenten riskieren. Die öffentliche Meinung ist gegenüber den Vorteilen dieser Liberalisierung jedoch tief gespalten, fast die Hälfte der Befragten rechnet mit Nachteilen für die taiwanische Wirtschaft. Die Gruppierung „Black Island Nation Youth Front“, die besondere Unterstützung von Studenten und Professoren einer Reihe von angesehenen Universitäten und Forschungsinstituten in Taiwan erhält, hatte speziell gegen das Dienstleistungsabkommen zum Nationalfeiertag vor dem Präsidentenpalast zu einer Demonstration aufgerufen. Die DPP wird versuchen, das Dienstleistungsabkommen bis zum Beginn des Wahlkampfes für die 6-in-1-Lokalwahlen hinauszuzögern.

Seit dem Abschluss von ECFA mit China strebt Präsident Ma weitere Freihandelsabkommen an und setzt sich für die Intensivierung der Beziehungen mit wirtschaftsstarken Industrienationen sowie Entwicklungsländern ein. Dadurch soll der Außenhandel nachhaltig diversifiziert werden. Aber auch dies birgt Risiken, da die dafür zum Teil erforderlichen Kompromisse in der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen können. Deutlichstes Beispiel waren die Proteste kurz nach Beginn seiner zweiten Amtszeit gegen den durch Ma (erfolgreich) forcierten Import von Rindfleisch aus den USA, das im Ursprungsland mit dem kontroversen Zusatzstoff Ractopamin behandelt wird. Während des Streites um das Rindfleisch wuchs der Anteil der mit Ma Unzufriedenen auf 70 Prozent der Befragten an.

Von der DPP und einigen Kritikern aus den eigenen Reihen unter Druck gesetzt, verteidigte sich Ma mit dem Verweis darauf, dass Taiwans Wettbewerbsfähigkeit durch den Ractopamin-Streit gelitten habe. Sowohl sei das Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und den USA inzwischen in Kraft getreten als auch die Verhandlungen zwischen Taiwan und den USA über das Trade and Investment Framework Agreement (TIFA) und Taiwans Mitgliedschaft in der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) ins Stocken geraten (Tai 2012). Zugleich stellte er klar, dass die Regierung verantwortlich sei, sollten in Zukunft Gesundheitsprobleme durch US-amerikanisches Rindfleisch auftreten, und dass der

Import in einem solchen Falle umgehend gestoppt würde. Die größte Erleichterung für Ma war aber sicher die (knappe) Entscheidung der Codex-Alimentarius-Kommission der Vereinten Nationen im Juli 2012, dass der Konsum von Ractopamin bis zu einem gewissen Grad für den Menschen unbedenklich sei. Dies führte kurz darauf dazu, dass auch die DPP ihren Widerstand gegen die Rindfleißeinfuhr aus den USA aufgab (Romberg 2012).

Die Entwicklung der taiwanischen Wirtschaft ist zu 70 Prozent vom Export abhängig, von dem wiederum 40 Prozent mit China abgewickelt werden. Obwohl die Exporte zum Beispiel noch im Juli 2013 um 8,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen konnten, hat sich Taiwans Wettbewerbsfähigkeit durch den Mangel an Freihandelsabkommen und durch fehlende Innovationen im Elektroniksektor generell verschlechtert. Zwar ist in den nächsten Jahren aufgrund sich verbessernder externer Nachfrage mit Wachstum zu rechnen, aber dennoch dürfte Taiwans Exportwirtschaft gegenüber der des Konkurrenten Südkorea an Boden verlieren. Südkoreas Exporte in die USA stiegen von Januar bis August 2013 um 4,7 Prozent, während Taiwans Exporte von Januar bis September um 1,7 Prozent abnahmen. Für das Jahr 2013 ist insgesamt mit einem Exportwachstum von 3,3 Prozent zu rechnen.

Nach dem erfolgreichen Abschluss von Freihandelsabkommen mit Neuseeland und Singapur plant die Regierung nicht nur weitere ähnliche Abkommen, sondern hat auch mit der Einrichtung von „Free Economic Pilot Zones“ begonnen, in denen Unternehmen steuerliche Vorteile und Zollbefreiungen erhalten. Allerdings herrscht noch Unklarheit darüber, wie sich diese gegenüber den Freihandelszonen auf dem Festland werden behaupten können. Außerdem ist Skepsis gegenüber Mas Fähigkeit geboten, während seiner restlichen Amtszeit noch große Reformen durchzusetzen.

Wirtschaftspolitische Ziele bleiben unerfüllt

Da Ma vornehmlich wegen seiner Chinapolitik wiedergewählt wurde, stieg auch nach dem Wahlerfolg die Zufriedenheitsrate nicht an. Vielmehr verzeichnete TISR im Mai 2013 einen Rückgang auf rund 25 Prozent. Hauptursache dafür dürfte wie auch schon in der ersten Amtszeit gewesen sein, dass Ma seine wirtschaftspolitischen Versprechen nicht einlösen konnte. Diese hatte er vor

der Wahl im Jahr 2008 als „6-3-3“-Plan propagiert: 6 Prozent Wirtschaftswachstum, 3 Prozent Arbeitslosigkeit und ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von 30.000 USD.

In seiner ersten Amtszeit hatte Ma vor allem mit den Folgen der globalen Wirtschaftskrise zu kämpfen und konnte dann durchaus auf eine gewisse Erholung verweisen. Dennoch musste er schon vor seiner Wiederwahl einräumen, dass er für seine Ziele mehr Zeit benötigte. Im Jahr 2012 betrug das Wirtschaftswachstum gerade 1,3 Prozent; im Jahr 2013 lag es bei unter 2 Prozent. In den nächsten Jahren könnte Taiwans Wirtschaft durchaus etwas stärker wachsen, aber auch dann werden die 6 Prozent verfehlt. Die Arbeitslosenrate ist auf 4,2 Prozent gesunken, dürfte dort aber verharren. Sie liegt damit höher als in Japan, Südkorea, Hongkong und Singapur. Und das durchschnittliche Monatseinkommen fiel in den ersten zehn Monaten des Jahres 2013 inflationsbereinigt auf den niedrigsten Wert seit 15 Jahren, was Taiwan zwar international wettbewerbsfähiger macht, aber die Unzufriedenheit in der Bevölkerung steigerte.

Zusätzlich trugen unpopuläre Entscheidungen der Regierung Mas wie die Anhebung der Strompreise zum 1. Oktober 2013, die Einrichtung einer Steuer auf Kapitalgewinne, das neue Rentensystem, die Ausweitung der Pflichtschule auf zwölf Jahre oder der Übergang zu einer Freiwilligenarmee dazu bei, die Zufriedenheitswerte in den Keller sinken zu lassen. Dabei könnten diese Reformen durchaus so interpretiert werden, dass Ma – frei von Überlegungen für eine mögliche Wiederwahl – notwendige Struktur reformen mutig initiiert hat. Die heftige ablehnende Reaktion darauf scheint ihn allerdings überrascht zu haben, sodass er teilweise bereits zurückgerudert ist (Wu 2013).

Die Anhebung der Strompreise wurde als zweite Stufe des Plans der Regierung durchgeführt, die Rentabilität des finanziell angeschlagenen staatlichen Energieversorgers Taipower wiederherzustellen. Während bereits im Juni 2012 die Strompreise für Privathaushalte um 6,7 und die für die Industrie um 14 Prozent angehoben wurden, wurden sie im Oktober erneut um 7 bis 10 bzw. um 10,4 bis 12,2 Prozent erhöht. Zwar weist die KMT bei der Kostenfrage auf die finanziell angeschlagenen öffentlichen Versorgungsunternehmen und die steigenden internationalen Ölpreise hin, jedoch wecken die weiterhin hohen Ausgaben und Boni bei Taipower schon seit Längerem den öffentlichen Unmut.

Die Kritiker sehen in der massiven Erhöhung der Energiepreise eine Gefahr für das produzierende

Gewerbe, auch wenn die Regierung die Vorwürfe damit zu entkräften versuchte, dass die Strompreise im regionalen Vergleich immer noch niedrig sind und kleine Betriebe sowie 85 Prozent aller Privathaushalte von der Verteuerung ausgenommen sind. Die Bevölkerung wiederum verspürte laut Untersuchungen der Consumers' Foundation zugleich deutlich die Verteuerung von Grundnahrungsmitteln.

Beim Rentensystem dreht sich die Diskussion sowohl um zukünftige finanzielle Engpässe als auch um die Rentenbezüge der Staatsbeamten. Die Regierung Mas hat darauf reagiert, indem sie das Rentenalter bzw. die Arbeitsdauer für alle Beamten außer Polizisten und Feuerwehrleuten an hob und deren Rentenbezüge bei maximal 80 Prozent ihres letzten Gehaltes deckelte. Die Reform wurde hauptsächlich von KMT-nahen Beamten kritisiert (Wu 2013).

Während die KMT vor den Ereignissen von Fukushima noch auf den Rückhalt in der Bevölkerung für Atomkraft zählen konnte, zeigen derzeitige Umfragen, dass ungefähr 70 Prozent der Befragten den Bau des seit 20 Jahren umstrittenen vierten Atomkraftwerkes ablehnen. Am 9. März 2013 fanden in mehreren Städten Taiwans die – mit rund 200.000 Teilnehmern – bisher größten Demonstrationen der Anti-Atomkraft-Bewegung statt. Zu aller Überraschung (auch bezüglich seiner bisher negativen Haltung zu Referenden) erklärte Ma im Februar 2013, er werde ein nationales Referendum über den Bau des Atomkraftwerkes unterstützen (Fell 2013). Die misstrauische DPP verhinderte allerdings im September sogar handgreiflich eine Abstimmung über einen Referendumsantrag, der kurz darauf zurückgezogen wurde. Ma versuchte anschließend die Gemüter zu beruhigen und verwies auf strenge Sicherheitsauflagen für das Kraftwerk, das eventuell schon im Jahr 2015 ans Netz gehen kann.

Skandale häufen sich

Die Liste der innenpolitischen Skandale, die wiederholt zu öffentlichen Demonstrationen geführt haben und auch mit Mas fallender Beliebtheit in Verbindung gebracht werden, wächst seit seiner Wiederwahl. Im März 2013 zum Beispiel demonstrierten Vertreter der Gemeinde Huaguang vor dem Justizministerium gegen Zwangsräumung und Abriss ihrer Häuser. Dieses Ereignis wurde von den Medien ausgiebig kommentiert und als Beispiel angeführt, wie die Regierung von der Umsiedlung ärmerer

Teile der Bevölkerung (die in ungenehmigten Häusern wohnen) für den Bau luxuriöser Neubauten profitieren.

Am 4. Juli 2013 verstarb der Grundwehrdienstleistende Hung Chung-chiu aufgrund einer un gerechtfertigten Bestrafung mit Einzelhaft und körperlichen Strapazen auf einer Militärbasis. Diese Nachricht brachte rund 200.000 Demonstranten in Taipei auf die Straße. Verteidigungsminister Kao Hua-chu reichte seinen Rücktritt ein. Das Bild der Streitkräfte, die zwar bis zum Jahr 2017 zu einer Freiwilligenarmee werden sollen, bereits jetzt aber Schwierigkeiten haben, die bis dahin reduzierte Truppenstärke von angepeilten 175.000 Soldaten zu erfüllen, hat somit weiter Schaden genommen. Eine Großdemonstration der Gruppe „Citizen 1985“ am 3. August 2013 forderte die gründliche Aufklärung des Falles.

Am 6. September 2013 erklärte das Büro des Obersten Staatsanwalts, dass Parlamentspräsident Wang Jin-pyng sowohl den Justizminister Tseng Yung-fu als auch den Leiter des Taiwan High Prosecutors Office Chen Shou-huang in einem Gerichtsprozess um Veruntreuung unrechtmäßig beeinflusst hätte, sodass die Staatsanwaltschaft keine Berufung einlegte, nachdem der für unschuldig befundene Vorsitzende der Oppositionsfraktion Ker Chien-ming freigesprochen worden war. Die Betroffenen stritten diese Vorwürfe ab und warfen stattdessen den Anklägern vor, sie illegal bespitzelt zu haben. Ma, der sich stets als Kämpfer gegen Korruption gezeigt hat, hatte erst im Juni seinen engen Vertrauten und Vize-Vorsitzenden der KMT Lin Yishih verloren, als dieser als Folge einer Bestechungsaffäre zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war (Hsu 2013). Nun nahm er als Vorsitzender der KMT die Vorwürfe zum Anlass, um Wang aus der Partei auszuschließen, doch Wang erzielte vor Gericht vorerst die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft. Vermutungen wurden laut, dass Ma Wang auch aufgrund von dessen mangelnder Unterstützung für das Dienstleistungsabkommen ablösen wollte. Der Fall macht Risse in der KMT-Führung offenbar.

Im Laufe des Skandals um Wang stürzten Mas Umfragewerte laut Umfragen der TV-Sender TVBS und ERA auf die dramatisch niedrigen Werte von leicht über 10 bzw. 9,2 Prozent. Sogar 49 Prozent der Teilnehmer der ERA-Umfrage gaben an, sie würden eine vorzeitige Absetzung Mas unterstützen. Während des Nationalkongresses der KMT im September 2013 begannen Tausende von Demonstranten

vor dem Präsidentenpalast mit Schuhen auf Porträts von Ma Ying-jeou zu werfen.

Die insgesamt starke Zunahme der Proteste seit Beginn des Jahres 2013 belegt laut Chen die sich wandelnde Protestkultur in Taiwan. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Studenten seien häufig die Veranstalter von Protestaktionen. Sie seien in ihren Aktivitäten nicht mehr eng an Parteien gebunden. Ebenfalls bemerkenswert sei das energische Eintreten der Demonstranten für Anliegen wie soziale Gerechtigkeit und Meinungsfreiheit – Themen, die alte Gräben zwischen dem blauen und dem grünen Lager zu überwinden scheinen und so Menschen aus verschiedensten sozialen Schichten und unterschiedlichen Alters auf die Straße bringen (Ketty Chen 2013).

Die Schwäche der DPP

Die DPP hat die niedrigen Umfragewerte Mas bisher noch nicht entscheidend für sich nutzen können, wenn sich auch zunehmend mehr Menschen mit dem „grünen“ Lager identifizieren. Vor allem in der künftigen China-Politik hat sich die Partei bisher schwer getan, abseits ihrer Kritik am bisherigen Kurs der Regierung eine eindeutige und von allen Parteiströmungen getragene Alternative zu präsentieren. Bisher haben sich nur die verschiedenen Wortführer wie die frühere Vorsitzende Tsai Ingwen, der eher gemäßigte Frank Hsieh und der Fraktionsvorsitzende Ker versucht zu profilieren. Hsieh hat dafür auch viel beachtete Reisen zum Festland unternommen (Cabestan 2013; Drun 2013).

Die DPP kann in der Rolle der Protestpartei in Zukunft womöglich an Zustimmung gewinnen. Jedoch muss sich ihre Führung im Klaren darüber sein, dass Präsident Ma sein Mandat von den Wählern für seinen Annäherungskurs an China erhielt und dass nach wie vor die Mehrheit der Taiwaner einschließlich vieler Unternehmensmanager diesen unterstützt. Die Unabhängigkeit Taiwans oder die Aufhebung von ECFA sind dagegen keine mehrheitsfähigen Forderungen. Dass die DPP Letzteres auch nicht mehr anstrebe, hatte Tsai bereits vor der letzten Wahl signalisiert und hat die Parteiführung nun erneut bekräftigt.

Eine vom DPP-Vorsitzenden Su Tseng-chang eingerichtete China-Kommission, an der sich – zum Teil widerstrebend – letztendlich alle Parteiinternen Meinungsführer beteiligten, sollte nach mehreren Sitzungen am 9. Januar 2014 schließlich eine

neue, verbesserte und gemeinsam getragene China-politik vorstellen. Das bis dahin erzielte Ergebnis erfüllte aber nicht die Erwartungen: Ein Konsens wurde nicht erzielt und die Partieresolution aus dem Jahr 1999 mit ihren Aussagen zur Unabhängigkeit Taiwans bleibt unverändert. Lediglich über „mehr Flexibilität“ im Umgang mit China (verbunden mit der Unterstützung von Track II-Diplomacy) war man sich einig. Und Tsai konnte als einzige ihre Vorstellung verkern, einen „Konsens der Taiwaner“ anzustreben.

Angesichts dessen, dass China diese Positionen sofort als völlig unakzeptabel zurückwies und somit derzeit klar ist, dass bei Wahl einer DPP-Regierung im Jahr 2016 die Spannungen wieder zunehmen werden, ist fraglich, ob die DPP mit dieser China-politik einen Wahlerfolg erzielen kann. Wie die Partei einerseits näher an die KMT heranrücken (und damit auch die USA beruhigen) kann und zugleich die notwendige Distanz wahrt (um ihre Stammwähler nicht zu verärgern), bleibt weiterhin eine große Herausforderung.

Was kann Präsident Ma tun?

Präsident Ma befindet sich in einer schwierigen Situation. Zwar kann er bei der Gestaltung der Zukunft Taiwans bis zum Jahr 2016 auf die KMT-Mehrheit im Legislative Yuan zählen, doch der Eklat um Wang Jin-pyng verdeutlicht die Gräben innerhalb der Partei, wo sich die Rivalen in Stellung bringen. In der Chinapolitik scheinen nur noch kleine Schritte möglich, alle größeren Vorhaben – ganz zu schweigen von einer politischen Annäherung – stoßen auf Hindernisse, auch in den eigenen Reihen. Und nach dem Scheitern des 6-3-3-Planes wird Ma Schwierigkeiten haben, das Vertrauen der Wähler wieder für sich und die KMT zu gewinnen. Marktliberalisierung, der Abschluss weiterer Freihandelsabkommen und eine mögliche TPP-Mitgliedschaft könnten hier wirtschaftliche Impulse liefern, jedoch ist es ebenso denkbar, dass die Wählergunst durch ein Zuviel an Öffnung weiter verloren geht.

Das Umfragetief Mas hat viele Ursachen und ist nicht zuletzt auf seine Entscheidungsschwäche und sein Lavieren in wichtigen Fragen zurückzuführen. Der Zustand der KMT bietet der DPP weiterhin Handlungsspielraum, eine glaubhafte China-politik zu entwickeln und zu vertreten, die neben Beijing und Washington auch die taiwanischen Wähler überzeugt. Die KMT hingegen muss sich in Geschlossenheit und Pragmatismus üben, um den

von überhöhten Erwartungen und Wahlversprechen verursachten Schaden zu begrenzen.

Literatur

- Cabestan, Jean-Pierre (2013), Ma Ying-jeou's Mainland Policy since 2012: Has It Hardened and Why?, paper presented at the Conference „10th Symposium on China-Europe Relations and the Cross-Strait Relations“, Shanghai, 28-31 Juli, online: <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/Taiwan2ndTrack_Cabestan_2013.pdf> (7. Januar 2014).
- Chao, Chien-min (2013), *From "92 Consensus" to "One China Framework": China's Taiwan Policies under Xi Jinping*, online: <<http://blogs.nottingham.ac.uk/chinapolicyinstitute/2013/10/25/from-92-consensus-to-one-china-framework-chinas-taiwan-policies-under-xi-jinping/>> (7. Januar 2014).
- Chen, Judie Yu-Wen (2013), *Taiwan Continues to Avoid International Irrelevance*, online: <<http://blogs.nottingham.ac.uk/chinapolicyinstitute/2013/10/14/taiwan-continues-to-avoid-international-irrelevance/>> (14. Oktober 2013).
- Chen, Ketty (2013), *Social Issues, Civil Society and the Quality of Democracy*, online: <<http://blogs.nottingham.ac.uk/chinapolicyinstitute/2013/03/26/social-issues-civil-society-and-the-quality-of-democracy/>> (10. November 2013).
- Drun, Jessica (2013), Charting Course for 2014 Elections, Taiwanese Opposition Debates China Policy, in: *China Brief*, 13, 18, 12. September, 12-16.
- Fell, Dafydd (2013), *The Nuclear Referendum Issue in Taiwan*, online: <<http://blogs.nottingham.ac.uk/chinapolicyinstitute/2013/03/27/the-nuclear-referendum-issue-in-taiwan/>> (10. November 2013).
- Hsu, Jenny W. (2013), *Taiwan President's Popularity Plummet Amid Political Storm*, 18. September, online: <<http://blogs.wsj.com/chinarealtime/2013/09/18/taiwan-presidents-popularity-plummet-amid-political-storm/>> (15. Oktober 2013).
- Romberg, Alan D. (2012), Shaping the Future. Part I: Domestic Developments in Taiwan, in: *China Leadership Monitor*, 38, 19, online: <www.hoover.org/publications/china-leadership-monitor> (17 Juli 2013).
- Tai, Wan-chin (2012), Recent Political Developments in Taiwan: Facing Beijing and Washington, in: *Perceptions*, 7, 4, 79-104.
- Wu, Yu-shan (2013), *Ma's Reform: Laudable Goals, Mounting Obstacles*, online: <<http://blogs.nottingham.ac.uk/chinapolicyinstitute/2013/10/10/mas-reform-laudable-goals-mounting-obstacles-2/>> (7. Januar 2014).

■ Die Autoren

Dr. Günter Schucher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien und Herausgeber der Zeitschrift *ASIEN*.

E-Mail: <gunter.schucher@giga-hamburg.de>, Website: <www.giga-hamburg.de/team/schucher>

Julian Rothkopf ist Absolvent des Studienganges Master of Public Policy der Hertie School of Governance und LL.M. in Law and Politics of International Security der Vrije Universiteit Amsterdam.

E-Mail: <jrothkopf@gmail.com>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Die Mitglieder des GIGA Forschungsschwerpunkts 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ befassen sich unter anderem mit der Persistenz und dem Wandel nichtdemokratischer Regime. Im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ werden die zunehmende Verknüpfung von Regierungen und Gesellschaften in und zwischen den Regionen analysiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

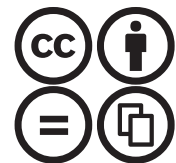
Finkensiep, Sarah, und Pascal Abb (2014), *Taiwan und die Transpazifische Partnerschaft: Wirtschaftliche Integration oder politische Aufwertung?*, *GIGA Focus Asien*, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.

Journal of Current Chinese Affairs (2012), Topical Issue: Taiwan under KMT Rule: Recent Trends in Domestic Politics and Cross-Strait Relations, 41, 3, online: <www.CurrentChineseAffairs.org>.

Schucher, Günter (2012), *Wahlen in Taiwan: Votum für Stabilität*, *GIGA Focus Asien*, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien>.



Der *GIGA Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als *GIGA Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der *GIGA Focus International Edition* auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der *GIGA Focus Asien* wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny

Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM